



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/43 - 20.2.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Mit leeren Händen aus London zurück	S. 1
Schwedens neuester Spionagefall	S. 3
Zur Frage der deutschen Dienstgruppen	S. 5
Willy KNOTHE gestorben	S. 7
Anhang: SPD-Vorstand zum Londoner Kommuniqué	

## Kalte Dusche aus London

-ler. Der Bundeskanzler ist befriedigt. Er war immer über den Ausgang von Konferenzen, in denen das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Westalliierten zur Debatte stand, zufrieden. Auch die letzte Begegnung mit dem Außenminister auf dem Londoner Boden machte in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Staatssekretär Hallstein spricht sogar von einer "echten Einigung", die erzielt wurde. Aber vergeblich wird der aufmerksame Leser im Londoner Schlusskommuniqué etwas finden, aus dem er ersehen könnte, in welchen Fragen Einigung erreicht wurde. Das Kommuniqué selbst ist ein Meisterstück diplomatischer Formulierungskunst. Es enthält mehr Überzeugungen als Tatsachen, es geht mit allgemein gehaltenen Sätzen über Fragen und Probleme hinweg, um deren Klärung willen der deutsche Bundeskanzler sich, etwas auffällig, den Zugang durch die Hintertür zum Konferenzzimmer erschließen hatte. Seine Aufdringlichkeit wurde nicht belohnt; er kam mit leeren Taschen wieder zurück nach Bonn.

Wozin bestehen die von Staatssekretär Hallstein zitierten "Fortschritte"? Die wohlwollendste Auslegung des Kommuniqués kann den Tatbestand nicht verschleiern, dass es dem Bundeskanzler nicht gelungen ist, auch nur einige Voraussetzungen durchzusetzen, deren Erfüllung selbst die Regierungsparteien als unerlässlich für die Erstellung eines deutschen Wehrbeitrages ansahen.

Es bleibt beim Junktim, bei der Verkopplung von Wehrtei-

trag und Generalvertrag. Mit anderen Worten: Das Mass der der Deutschen Bundesrepublik zu gewährenden Freiheiten hängt nach wie vor von ihrer Bereitschaft ab, in die westeuropäische Verteidigungsfront einzutreten. Von einem Zusammenschluss "Freiwilliger Partner" kann bei einer solchen Verkopplung nicht mehr die Rede sein.

Es bleibt auch bei der Kontrolle der deutschen Industrie. Sie wird verlagert, aber sie verschwindet nicht. Die Westalliierten denken heute nicht daran, diesen Teil ihres Siegerrechtes im abschliessenden Generalvertrag aufzuheben. Sie wollen sich der Möglichkeit einer kontrollierenden und dirigierenden Einflussnahme auf die Entwicklung der deutschen Industrie keinesfalls begeben; das alliierte Sicherheitsamt soll in dieser oder jener Form oder unter einem anderen Namen weiterbestehen.

Soll etwa die Bildung eines deutsch-alliierten Viermächteausschusses zur Frage der deutschen Kriegsverbrecher der Erfolg sein, der alles andere in den Schatten stellt und deshalb einen deutschen Wehrbeitrag rechtfertigt? Soll dieser Teilerfolg - ein Zugeständnis, das den Westalliierten wohl die geringste Mühe macht - die bittere Pille versüssen, dass auch in allen anderen entscheidenden Fragen, wie die Aufnahme Deutschlands in die NATO, die Regelung des Saarproblems und die endgültige Höhe des deutschen finanziellen Verteidigungsbeitrages keine Verbesserungen erreicht werden? Hier bleibt alles so, wie es vor London war.

Zu keiner Zeit in der jungen Geschichte der Bundesrepublik ist die Politik der Illusionen und des sich Andrängens und des Anbietens so drastisch beleuchtet worden, wie durch die Londoner Ergebnisse. Der Bundeskanzler steht vor dem Scherbenhaufen einer Konzeption, der jedes Verständnis für die europäische Wirklichkeit fehlt. Adenauer hat nicht das Recht, schwerwiegende und die Zukunft des deutschen Volkes bestimmende Entscheidungen auf dieser brüchigen Grundlage zu fordern. Das deutsche Volk gibt ihm dazu nicht die Legitimation.

Werden die Regierungsparteien, deren "unabdingbare Voraussetzungen" nun in London dahinschmolzen, wie Schnee in der Frühlingssonne, den Mut haben, jetzt zu ihren eigenen Worten zu stehen? Oder sollten sie, wie schon oft in der Vergangenheit, aus Angst vor der eigenen Courage auch diesmal wieder zu Kreuze kriechen? Es würde niemanden wundern...

Eine gebogene Haarnadel war das Erkennungszeichen

XRX - Stockholm

Die Gefängnistüren haben sich hinter dem vor kurzem zu lebenslänglichen Kerker verurteilten schwedischen Marinespion Andersson kaum geschlossen, und schon wieder ist ein neuer Spion entlarvt worden. Es handelt sich, wie in dem ersten Falle, um einen eifrigen Kommunisten.

Der jetzt entdeckte Spion heißt Eritjof Enbom. Er ist 1940 von der Wollweber-Liga in die damals antinazistische illegale Arbeit gezogen worden und hat ihr anfänglich als Hitler-Gegner gedient. In der kommunistischen Bewegung aufgewachsen, ließ er sich jedoch nach dem Kriege vom russischen Spionage-Dienst mißbrauchen. Hatte er erst gegen den Nazismus zu arbeiten gemeint - die Wollweber-Liga war schon an der Arbeit, als Stalin noch sein Bündnis mit Hitler pflegte - spionierte er später bewußt im Dienste der Sowjetunion gegen sein eigenes Land. Aus "Überzeugung" - genau wie jener Andersson.

Enbom arbeitete in seiner Jugend zunächst als Bahnangestellter in nördlichen Teile Schwedens, in jener Gegend also, die für die Verteidigung bei einem Landangriff aus dem Osten besonders wichtig ist. Später kam Enbom als Journalist zur kommunistischen Zeitung "Norrskensflamman", die in Luleå erscheint und in vielen Gegenden Nordschwedens über Lokalredaktionen und lokale Mitarbeiter verfügt. Alle diese Lokalredaktionen und Mitarbeiter scheinen - bewußt oder unbewußt - in die Spiongearbeit eingeschaltet gewesen zu sein und sind es wohl noch.

Enbom nützte seine Stellung als Journalist reichlich aus, um, mit dem Photoapparat bewaffnet, "Reportagereisen" in die Umgebung der Festungsstadt Boden zu unternehmen und bei offiziellen Besichtigungen Bilder zu verfertigen, die jedoch nur selten in seiner Zeitung veröffentlicht wurden. Es steht jetzt fest, daß es seine Aufgabe gewesen ist, Angaben über die Moral der schwedischen Truppen zu sammeln, die Anlagen der wichtigen Festung Boden anzukundschaften, den Evakuierungsplan für die Zivilbevölkerung im Falle

eines Krieges festzustellen, kurz, alles zu berichten, was für die Sowjets von irgendwelchem militärischen Wert ist. Diesem Auftrag kam Enbom gewissenhaft nach. Es ist jetzt festgestellt, daß er zu gewissen Zeiten auf der Redaktion in Luleå einen geheimen Radiosender hatte, anzuwenden in dem Fall, daß die normalen Verbindungen mit der Sowjetunion abgebrochen würden - so lautet seine Erklärung.

Wie im Falle Andersson war der Verbindungsmann zwischen dem Spion und der Sowjetbotschaft ein Fass-Journalist. Wieviele Verbindungsmänner dieser Art die Sowjetbotschaft außerdem hat, ist natürlich nicht bekannt; es ist ebenso wenig bekannt, womit sich das Riesenpersonal, über das die Sowjetbotschaft in Stockholm verfügt, eigentlich beschäftigt. - Der Spion war gut ausgebildet. Er gab sich bei seinen häufigen Reisen nach Stockholm der Sowjetbotschaft dadurch zu erkennen, daß er eine umgebogene Haarnadel an einer Dachtraufe in der Nähe der Botschaft anbrachte; das galt als Zeichen, daß der Spion in Stockholm an dem gewöhnlichen Orte finden war. Die Berichte wurden in Code-Schrift überreicht, dessen Schlüssel mit Hilfe eines Romans ausgemittelt wurde.

Welchen Schaden Enbom angerichtet hat, steht noch nicht fest. Daß jedoch seine Festnahme so schnell bekanntgegeben wurde, läßt auf umfangreiche Tätigkeit des Spions schließen. Die Unruhe im Kommunistenlager ist groß. Es wird wohl insbesondere zu untersuchen sein, welcher Art die Arbeit ist, die von den relativ gut bezahlten kommunistischen Lokalredakteuren und -Berichterstattern geleistet wird.

Im Falle Andersson hatte die kommunistische Presse Schwedens die Frechheit, den Spion als einen agent provocateur zu bezeichnen, dessen Hauptaufgabe es gewesen sei, die kommunistische Bewegung zu belasten. Im Falle Enbom hat sich die kommunistische Presse bisher damit begnügt, schüchtern auf die "verwirrten" Sensationsmeldungen der bürgerlichen Presse hinzuweisen. In beiden Fällen aber ist es klar, daß die kommunistische Bewegung die Schirmherrin der Spione ist. Sie ist nicht nur politisch, sondern in jedem Sinne eine Institution der Sowjetunion mit der Aufgabe, das eigene Land an den Sowjet-Imperialismus auszuliefern. Dieser Aufgabe versucht sie gewissenhaft nachzukommen.

Der heimliche Wehrbeitrag

Von Fritz Erler, MdB

In allen drei Besatzungszonen unterhalten die Besatzungstruppen deutsche Dienstgruppen. Über ihr Schicksal ist schon verschiedene Male im Bundestag debattiert worden. Am Donnerstag wird der Bundestag auf einstimmigen Beschluß des Auswärtigen Ausschusses einen Antrag der SPD annehmen, der Klarheit über die Stellung der Dienstgruppen bringen soll.

Die Dienstgruppen sind keine reinen Arbeitseinheiten mehr. Seit längerem ist ihre Umwandlung in eine halb-militärische Formation im Gange. Damit wird ein Stück Verteidigungsbeitrag vorweggenommen, ohne das deutsche Parlament oder gar das deutsche Volk danach zu fragen. Praktisch sind auch die Angehörigen der Dienstgruppen selbst nicht danach gefragt worden, ob sie damit einverstanden sind, aus einem reinen Arbeitsverhältnis allmählich in ein militärähnliches Verhältnis zu gersten.

Vor allem in der britischen Besatzungszone hat sich der Rechtszustand der betroffenen Menschen nicht unerheblich verschlechtert. Alle Bemühungen, die durch die einseitige Änderung der Arbeitsbedingungen erlittene Unbill wieder auszugleichen, sind bisher vergeblich geblieben. Gewerkschaften und deutsche Behörden haben den Besatzungsmächten sehr klare Vorschläge übermittelt, ohne bisher auf Gegenliebe gestoßen zu sein. Das wichtigste ist der Abschluß eines ordentlichen Tarifvertrages zwischen dem Arbeitgeber Besatzungsmacht und den Gewerkschaften als den Vertretern der in den Dienstgruppen tätigen Arbeitnehmer. Damit wäre die soziale Seite der Frage einigermaßen vernünftig geordnet. Bisher fehlt es an ausreichenden Schutzbestimmungen bei Unfällen, die Haftpflicht ist ungeklärt, die Besoldung schlechter als früher.

Die Frage hat aber auch eine politische Seite. Es kann nicht hingenommen werden, daß noch während der Verhandlungen über einen deutschen Wehrbeitrag die Alliierten einseitig deutsche Menschen ihren Streitkräften einverleiben. Im englischen Parlament hat der damalige Kriegsminister versichert, daß die deutschen Dienstgruppen im Kriegsfall Teile der britischen Armee wären. Damit ist den Dienstgruppen ein politisches Risiko aufgebürdet, das kein anderer deutscher Staatsbürger heute trägt. Dabei hat keine deutsche Stelle

die Möglichkeit, auf Auswahl und Verwendung der Dienstgruppen irgendeinen Einfluß auszuüben.

Niemand will bestreiten, daß die Dienstgruppen bei den Besatzungsmächten eine nützliche Funktion ausüben. Ohne ihr Vorhandensein würde der Wert der Kampftruppe zweifellos geringer sein. Das ist aber gar nicht das Problem. Die von den Dienstgruppen geleisteten Arbeiten können auch vollbracht werden, wenn sich die Männer der Dienstgruppen in einem normalen Arbeitsverhältnis nach den Grundsätzen des deutschen Arbeitsrechtes befinden, wenn sie in vollem Umfange deutsche Staatsbürger bleiben, wenn ihnen der volle Schutz der deutschen Sozialversicherung zuteil wird und wenn sie die Möglichkeit haben, ihr Arbeitsverhältnis zu kündigen, ohne daß ihnen Nachteile daraus entstehen. All' das ist heute nicht gewährleistet.

Über den Verteidigungsbeitrag ist nicht entschieden. Es ist müßig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, was aus den Dienstgruppen wird, wenn es deutsche Kontingente in einer Verteidigungsgemeinschaft geben sollte. Dann könnte es erst recht nicht zwei deutsche Verteidigungsbeiträge geben: Einen vom Parlament beschlossenen und einen von den Besatzungsmächten außerdem durch die Hintertür genommenen. Aber auch heute besteht kein Grund, das Verhalten der Besatzungsmächte tatenlos hinzunehmen, das deutsche Staatsbürger auf deutschem Boden ohne Einflußmöglichkeit des deutschen Parlamentes zu Hilfstruppen der Besatzungstreitkräfte macht. Deshalb fordert der Bundesrat, daß Deutsche bei den Besatzungsmächten nicht zum Dienst mit der Waffe herangezogen werden, sondern nur in einem normalen Arbeitsverhältnis tätig sein können, und daß die deutschen Arbeitskräfte bei den Besatzungsmächten auch nicht zu militärischen Formationen zusammengefaßt werden.

Damit ist klar, daß es nicht um die Auflösung der Dienstgruppen, sondern um die Umwandlung in ein ziviles Arbeitsverhältnis geht. Die Befürchtung, daß nun etwa sofort einige zehntausend Menschen dem Arbeitsmarkt zur Last fallen, ist völlig unbegründet. Die Männer werden weiter arbeiten können, aber in einem echten deutschen zivilen Arbeitsverhältnis. Die Verwendung von Deutschen zu militärähnlichen Diensten bei fremden Truppen widerspricht den Grundsätzen der Fairness und ist ein Einfluß nackter Besatzungsgewalt und daher auf keinen Fall mehr zeitgemäß.

Willy Knothe gestorben

(sp) Ein plötzlicher Herzanfall raffte in den frühen Morgenstunden des Mittwoch, dem 20. Februar, in seiner Bonner Wohnung den Bundestagsabgeordneten und Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Hessen-Süd, Willy Knothe, dahin. Er stand im 64. Lebensjahr und vermochte sich nie ganz von den Folgen eines Herzmuskelrisses zu erholen, den er vor drei Jahren erlitten hatte. Der Schmerz um den Tod von drei nahen Anverwandten, die bei dem Lawineneunglück im Kleinen Walsertal ums Leben kamen, lag schwer auf ihm.

Willy Knothe gehörte zu den markantesten politischen Persönlichkeiten im Lande Hessen. Seine Kämpfernote machte ihn zum unentwegten Wortführer aller derjenigen, die im Namen der Gerechtigkeit und des Friedens um den sozialen Fortschritt, allgemeinen Wohlstand und Menschenwürde kämpften.

Am 1. Mai 1888 in Kassel geboren, trat er noch in jungen Jahren der SPD bei. Er gehörte zu den ganz wenigen, die mit August Bebel in freundschaftlich-persönliche Beziehung kamen. Nach dem ersten Weltkrieg, im Jahre 1920, wurde er zum Parteisekretär für den Unterbezirk Wetzlar berufen, wo er der SPD eine starke Bastion schuf. Mit nie erlahmendem Eifer und immer neuen Impulsen belebte der junge Sozialist wie der gereifte Politiker den gesamten Umkreis seiner vielseitigen Tätigkeit als Funktionär, als Abgeordneter, als Parteisekretär und als Publizist.

Nach dem Machtantritt Hitlers wirkte Knothe illegal. Im April 1935 wurde er wegen Fortführung verbotener Organisationen und Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Zuchthaus und zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Nur durch die Flucht aus dem Polizeigefängnis Frankfurt entging Knothe im September 1944, als ihn die Gestapo wieder einmal verhaftet hatte, seiner Liquidierung. Bis zum Eintreffen der Amerikaner mußte er sein Leben in unsteter Verborgenheit fristen.

Ab 1945 war Willy Knothe sofort zur Stelle, um mitzuwirken, ein freiheitliches, staatliches Leben in Deutschland wieder aufzurichten. Beim Wiederaufbau des Parteilbens und der demokratischen Institutionen in Hessen stand er im Vordergrund. Er gehörte zu den sieben Mitunterzeichnern des Antrages auf Wiederzulassung der SPD in Frankfurt a.M. Ende 1945 wählte ihn die Mitgliedschaft der SPD zum ersten Landesvorsitzenden für Hessen. 1946 zog er in den Hessischen Landtag als Abgeordneter ein. Gemeinsam mit Kurt Schomacher widersetzte sich Knothe der Zwangsvereinigung der SPD mit der KP. Von Mai 1946 bis 1950 gehörte Knothe dem Parteivorstand der SPD an.

Der Tod dieses eigenwilligen Mannes, der sich vom ehemaligen Handelsschüler zum führenden Politiker hinaufarbeitete, ist nicht nur ein schwerer Schlag für die SPD in Hessen. Um ihn trauern alle, die ihn gekannt und geschätzt haben.

---

Verantwortlich: Peter Raunau

## Zum Londoner Kommuniqué

Zum Londoner Kommuniqué erklärt der Vorstand der SPD das Folgende:

Das von den Außenministern der drei Westmächte und dem Bundeskanzler nach Beendigung ihrer Londoner Besprechungen herausgegebene Kommuniqué wird von der Propaganda und der Presse der Bundesregierung und ihrer Parteien zu Unrecht als Beweis für einen Erfolg der Verhandlungen des Bundeskanzlers bezeichnet.

In Wirklichkeit geht aus dem Kommuniqué klar hervor, dass die von der SPD wiederholt und zuletzt in der Wehrdebatte des Bundestages genannten Voraussetzungen für die Möglichkeit, einen deutschen militärischen Beitrag zur Verteidigung Europas zu erwägen, ebenso wenig erfüllt sind wie die Voraussetzungen für den Abschluss eines Vertrages, der an die Stelle des Besatzungsrechtes die Gleichberechtigung setzt. Der ausdrückliche Hinweis des Kommuniqués darauf, dass der Vertrag über den deutschen Verteidigungsbeitrag und die Abkommen über die Beziehungen der Westmächte zur Bundesrepublik einen einzigen Komplex bilden werden, bedeutet nichts anderes, als dass an der Koppelung von militärischem Beitrag, Generalvertrag und Zusatzabkommen, also an dem von der SPD aufs entschiedenste abgelehnten "Junktum", festgehalten werden soll.

Aus dem Kommuniqué geht aber auch hervor, dass nicht einmal die von den Parteien der Regierungskoalition am Ende der Wehrdebatte angenommenen Resolutionen bei den Londoner Verhandlungen positiv berücksichtigt wurden sind. Der Wunsch, Deutschland in die NATO aufzunehmen, ist unerfüllt geblieben. Von einer deutschen Gleichberechtigung innerhalb einer europäischen Armee kann deshalb und angesichts der von der französischen Nationalversammlung gebilligten Bedingungen für Deutschlands Teilnahme an dieser Armee keine Rede sein. Ebenso wenig kann von einer tatsächlichen Beendigung des Besatzungsregimes die Rede sein; die Beschränkungen und Kontrollen der deutschen Produktion sollen nicht aufgehoben, sondern nur im Zuge der Regelung und Verteilung der Rüstungsproduktion verlagert werden. Die Forderung auf Freilassung aller nicht einwandfrei verbrecherischer Handlungen überführter Kriegsgefangener ist unerfüllt geblieben; es ist lediglich eine Nachprüfung der Urteile gegen in der Bundesrepublik inhaftierter Kriegsverbrecher durch eine Instanz in Aussicht gestellt, an der die Bundesrepublik beteiligt werden soll. Auf den Wunsch, bei der Bemessung des geforderten finanziellen Aufwands der Bundesrepublik für die Aufrüstung die deutsche Finanzkraft und die besonderen Verpflichtungen der Bundesrepublik zu berücksichtigen, ist keine Antwort erteilt.

Mit besonderem Nachdruck weisen wir darauf hin, dass die Saarfrage in dem Londoner Kommuniqué mit keinem Wort erwähnt wird. Es ist Sache der Regierungsparteien, nun zu zeigen, ob die von ihnen gefassten Entschliessungen ernst gemeint waren. Die SPD erklärt angesichts der bisher durch das offizielle Kommuniqué bekannt gewordenen Ergebnisse der Londoner Verhandlungen aufs neue, dass sie einen deutschen militärischen Verteidigungsbeitrag unter den gegebenen Voraussetzungen und eine Koppelung des Generalvertrags mit einem solchen Verteidigungsbeitrag und mit Zusatzabkommen, die wesentliche Bestandteile des Besatzungsregimes aufrecht erhalten, mit aller Entschiedenheit ablehnt.